

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Er erscheint Sonnabends
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 25, Klaus-Groth-Strasse 1, I. Stod
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Dem Aufstieg entgegen.

Nach Monaten furchtbarer Gefahren um den sicheren Fortbestand der Gewerkschaften geht es wieder vorwärts. Gält die Stabilisierung unserer Währung auch ferner an, schreitet das Reparationsproblem einer Lösung zu, weicht die Arbeitslosigkeit wieder ausreichender Arbeitsgelegenheit, steigt die Kaufkraft des Volkes, wird der Wohnungsbau wieder in Gang gesetzt und insbesondere die Renovationsarbeiten in bewohnten Häusern endlich in größerem Umfang möglich, so wird auch unser Beruf und damit automatisch auch unser Verband großen Vorteil haben.

Die schlimme Lage des Malergewerbes hätte unsern Verband weit zurückgeworfen, wäre sein Fundament nicht auf breiter Grundlage fest verankert und hätten ihn unsere Funktionäre nicht mit eiserner Energie und organisatorischem Geschick zusammengehalten.

Wenn uns aus zahlreichen Orten von einer geradezu totalen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, von Not und Elend selbst bei den wenigen beschäftigten Kollegen berichtet wurde, so mußte vor allem im letzten Vierteljahr mit einem ganz außerordentlichen Mitgliederrückgang gerechnet werden.

Das ist nach unsern neuesten Feststellungen aus den Filialabrechnungen vom 4. Quartal 1923 in dem erwarteten Ausmaße keineswegs eingetreten. Es waren am 1. Januar in unserm Verbands

49 114 Berufsgenährte organisiert

gegen 57 608 am 1. Oktober, also vor der furchterlichsten Inflationsperiode und den katastrophalen Nachwirkungen des verheerlichen Aufrubers.

Dieser Verlust von 8489 Mitgliedern in dem so überaus ungünstigen 4. Quartal ist weniger, als zunächst erwartet werden mußte, und wir sind berechtigt, anzunehmen, daß wir am Ende des jetzt laufenden Vierteljahres bereits wieder einen wesentlichen Fortschritt buchen können. Eine seit Dezember planmäßig vorbereitete persönliche Einfühlung unserer Bezirksleiter in den Stand fast aller Filialen hat gezeigt, daß unser Verband fast überall in guter Verfassung ist, daß unsere Kollegen in ihrer großen Mehrheit vom besten Willen besetzt sind, und die neuesten Berichte zeugen auch schon wieder von einer Mitgliederzunahme. Bei einer an vielen Orten vorgenommenen Kontrolle der Mitgliedsbücher, auch bei den schon als verloren erachteten Mitgliedern, stieß man überall auf den festen Willen, bei der Wiederaufnahme der Arbeit sofort auch wieder der Organisationspflicht zu genügen. Vielfach wurde die vorübergehende Einstellung der Erwerbslosenunterstützung beklagt. Andererseits hämmern die Schanzmachereien des Unternehmertums, vor allem für Lohnabbau, gegen den Achtstundentag und für die Reaktion auf allen Gebieten der Sozialreform den Kollegen das Bewußtsein der unbedingten Notwendigkeit des Organisiertseins ein.

Wir stehen vor den Verhandlungen über einen neuen Reichstarifvertrag. Hunderte unserer Mitglieder in der Industrie kämpfen seit Wochen gegen die arbeiterfeindlichen Treibereien des großindustriellen Unternehmertums, das die Gewerkschaften schon völlig machtlos währte und vor dem Eintritt einer besseren Konjunktur schnell seinen Raub ins Trockene bringen möchte.

Der Mitgliederstand unseres Verbandes, der Ausbau unserer Presse, die Belebung unseres Organisationsapparates, die zu geeigneter Zeit bevorstehende Wiederinanspruchnahme der vorerst noch aufgehobenen Erwerbslosenunterstützung und die im Frühjahr geplante umfassende Agitation werden unsern Verband wieder zu einer kräftigen Waffe gegen wirtschaftliche Verelendung und sozialpolitischen Rückschritt machen.

Die Kollegen haben es in der Nord. durch intensive Mitarbeit und unausgesetzte Agitation diese Entwicklung vorwärts zu treiben.

Vor den Verhandlungen um einen neuen Reichstarifvertrag.

Zum fünften Male seit dem Abschluß des ersten zentralen Tarifvertrages im Malergewerbe — dem sogenannten Normaltarifvertrag im Jahre 1918 — finden am 29. Februar Verhandlungen über einen neuen Reichstarifvertrag statt. In mehrtägigen Vorbesprechungen werden die Parteien ihre Forderungen formulieren und nach erzieltem Austausch zunächst einzeln dazu Stellung nehmen. Es wird zunächst ohne Unparteiischen verhandelt und erst im Laufe der Verhandlungen erwoogen werden, ob und eventuell wann dieser hinzugezogen werden soll.

Die von unsern Filialen eingesandten Anträge fordern von den verhandelnden Kollegen natürlich Verbesserungen und gestützt auf die Erfahrungen, insbesondere der letzten 2 Jahre, eine weitere Fortbildung des Vertrages; größtenteils sind darin die gleichen Fragen berührt worden, auf die wir schon vom Anfang unserer Tarifbewegung an großes Gewicht legten.

Die Anträge der Arbeitgeber sind uns noch nicht bekannt. Wir können jedoch nicht annehmen, daß unsere Arbeitgeber nicht auch die wohl von oben herunter ihnen zur Pflicht gemachten Ansprüche in wichtigen Prinzipienfragen aufwerfen werden. Das aber wird, wenn es der Fall ist, die Verhandlungen zweifellos gegenüber denen mindestens seit 1910 und 1918 — wo bekanntlich die Wogen ganz besonders hoch gingen — sehr komplizieren und erschweren. Denn auch für die Gehilfenschaft handelt es sich dabei nicht minder um Prinzipien.

Bis zum Abschluß der Verhandlungen oder eines neuen Reichstarifvertrages bleibt nach den Vereinbarungen der beiden Verbandsvorsitzenden der formell sonst schon am 15. Februar abgelaufene Vertrag in Kraft.

Konjunkturbericht für den Monat Januar 1924.

Nach langen Monaten immer stärker anwachsender Arbeitslosigkeit macht sich gegen Ende des Monats Januar ein schwärmerisches Anziehen der Geschäftslage unseres Berufes bemerkbar. Infolge des völligen Daniederliegens des gesamten Baugewerbes und der anhaltenden Kälteperioden kann eine Belebung nur langsam und vorwiegend in den Grenzen der Renovierung von Geschäftsräumen erfolgen, da die kalte Jahreszeit an und für sich der Vorname noch so dringender Malerarbeiten in Wohn- und Privathäusern hinderlich ist. Zudem beeinflusst die Wohnungsnot und die dadurch bedingte Ueberfüllung der Wohnräume deren notwendige Herrichtung sehr ungünstig.

An der Erhebung sind diesmal 41 Filialen beteiligt. Die Konjunktur beziehungsweise den Beschäftigungsgrad bezeichnen 5 Betriebe mit 137 Beschäftigten als sehr gut, 19 Betriebe mit 554 Beschäftigten als gut, 50 Betriebe mit 890 Beschäftigten als befriedigend und 49 Betriebe mit 329 Beschäftigten als schlecht. Zwar zeigt dieses Resultat keine nennenswerte Verschiedenheit gegen Ende Dezember, und die durch unsern Arbeitslosenstoß nachgewiesene Steigerung der Arbeitslosenziffern findet eine Verstärkung in der Tatsache, daß von 70 Betrieben im Laufe des Monats Januar 375 Kollegen entlassen, dagegen in demselben Zeitraum nur 376 Kollegen in 58 Betrieben eingestellt wurden. Immerhin berechtigt der Umstand, daß die Zahl der Entlassungen im vorhergegangenen Monat 580, die Zahl der Einstellungen aber nur 266 in 46 Betrieben betragen hatte, in gewissem Umfang dazu, auf einen Stillstand der Verschlechterung, wenn nicht auf eine entscheidende Wendung zum Besseren zu schließen. Es scheint sich wieder die übliche Gewohnheit zu wiederholen, daß sich die Arbeitgeber in der Aussicht auf eine aufsteigende Konjunktur eine Anzahl zuverlässiger Arbeitskräfte für ihren Betrieb zu sichern versuchen, und zur Erreichung dieses Zieles schon frühzeitig eine Auswahl unter den ihnen zurzeit leider in so großer Zahl zur Verfügung stehenden Arbeitslosen vornehmen.

Als bemerkenswert ist eine Verschiebung zugunsten der unbefürzten normalen Arbeitszeit zu bezeichnen. Betrag die wöchentliche Arbeitszeit im Dezember für 30,8 % der Betriebe und 28,8 % der Beschäftigten noch 36 bis 40 Stunden, für 30,8 % der Betriebe und 29,2 % der Beschäftigten 42 Stunden, für 21,4 % beziehungsweise 14,6 % über 42 bis 46 Stunden und nur für 17,1 % beziehungsweise 20,6 % 48 Stunden, so wurde Ende Januar nur in 23 Betrieben (18,7 %) von 266 Beschäftigten (13,9 %) von 36 bis 40 Stunden, in 88 Betrieben (80,9 %) von 563 Beschäftigten (27,4 %) 42 Stunden in 29 Betrieben (23,6 %) von 324 Beschäftigten (17,0 %) über 42 bis 46 Stunden und in 33 Betrieben (26,8 %) von 317 Beschäftigten (42,9 %) volle 48 Stunden in der Woche gearbeitet. Dagegen wird

noch von 12 Betrieben mit 180 Beschäftigten infolge mangelnder Aufträge verfürzt oder abwechselnd eine Woche gearbeitet und die andere Woche ausgesetzt.

In der diesmaligen Erhebung sind noch Fragen nach der Zahl der Lehrlinge und dem Organisationsverhältnis der Beschäftigten aufgenommen. Von den 1910 ermittelten Beschäftigten sind 1560 oder 81,7 vom Hundert Mitglied unseres Verbandes. Wenn auch öfters durch besondere Bemerkungen darauf hingewiesen wird, daß es sich zum Teil um Meistersöhne oder um Selbständige handelt, die infolge Stilliegens ihres Kleinbetriebes Unterkunft gesucht und gefunden haben, so muß auf das Ungefunde derartige Verhältnisse hingewiesen werden. Wenn diese Leute an den durch die Organisation erungenen Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse teilnehmen, die ihnen selbst dann Vorteile bieten, wenn sie „auf eigene Rechnung“ arbeiten, dann obläge ihnen auch die Pflicht, an der Verbesserung dieser Verhältnisse mitzuwirken. Angesichts des bevorstehenden Ablaufes und der Erneuerung des Reichs- und vieler örtlicher Tarife ist es mehr denn je die Pflicht aller Kollegen, auf den Ausbau und die Stärkung unseres Verbandes hinzuwirken und den letzten Mann der Organisation zuzuführen. Das trifft sinngemäß auch auf die in 92 Betrieben gezählten 230 Lehrlinge zu, denen von unsern älteren Kollegen weitestgehende Unterstützung und Förderung zuteil werden muß. In den meisten Fällen ist eine zeitgemäße Entschädigung für unsern Nachwuchs nur durch entschlossen und geschlossenes Eintreten unserer Filialen und Zahlstellen in Gemeinschaft mit den Eltern zu erreichen. Das läßt sich in der Zeit beginnenden Aufstieges und der größeren Bereitwilligkeit zur Einstellung von Lehrlingen am ehesten erreichen.

Die Fragebogen für den Konjunkturbericht sind den an dieser Berichterstattung beteiligten 50 Filialen zusammen mit den Karten für die Arbeitslosenstatistik bereits zugestellt. Beide sind nach dem Stande vom Sonnabend, den 23. Februar, auszufüllen und sofort an den Hauptvorstand einzusenden. Material, das nach dem 6. März eingeht, hat seinen Zweck verfehlt, da die Zusammenstellung in den darauffolgenden Tagen abgeschlossen werden muß.

Lohnpolitik und Verbindlicherklärung von Tarifverträgen.

Ueber diese Frage berichtete in der letzten Sitzung des Ausschusses des AGR für die von diesem eingesetzte Lohnpolitische Kommission Fr. Tarnow. Er charakterisierte die Lohnpolitik der Unternehmerverbände und legte den Verbandsvorsitzenden eine erhöhte Aufmerksamkeit und wirksame Abwehr dieser Bestrebungen dringend nahe. Der Bundesvorstand beabsichtigt, nachdem ihm in seinem neuen Bureauhaus ausreichende Räume zur Verfügung stehen, eine besondere Abteilung für Lohnpolitik einzurichten. Im besonderen befaßt sich die Kommission mit einem Antrag der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände zu einer Vereinbarung über die Verbindlicherklärung von Schiedsprüchen. Die vorläufige Schlichtungsordnung vom 30. Oktober i. Z. ermächtigt den Schlichter beziehungsweise das Reichsarbeitsministerium, einen Schiedspruch für verbindlich zu erklären (auch bei Nichtannahme von beiden Parteien), wenn die getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht und ihre Durchführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist. Auf Arbeitgeberseite wünscht man den Schiedspruch auf solche Fälle zu beschränken, in denen es sich um lebenswichtige Betriebe handelt. Auch die Gewerkschaften haben bei der Schlichtungsordnung den Schiedspruch bekämpft, freilich mehr das streikhemmende Zwangsverfahren mit seinen juristischen Fallstricken, als die Verbindlicherklärung von Schiedsprüchen. Aber auch diesen gegenüber hielten sie die vorgelegenen Bestimmungen der Schlichtungsordnung nicht für ausreichend, sondern verlangten für die Entscheidung der Spruchkommission eine Zweidrittelmehrheit. — Die Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden und den Arbeitgebervertretern, die bisher unverbindlich geführt wurden, knüpfen bei dem damaligen Kompromiß zu den §§ 113—117 der Schlichtungsordnung an. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten sich bereit, im Sinne jenes Kompromisses für eine Bindung der Verbindlicherklärung an qualifizierte Mehrheitsbeschlüsse einer paritätisch zusammengesetzten Behörde einzutreten, wenn die Arbeitgeberorganisationen sich rückhaltlos auf den Boden der kollektiven Arbeitsverträge stellen und durch Schaffung von tariflichen Schlichtungsinstanzen die Vorbedingung für eine Ablösung des behördlichen Schlichtungszwanges herbeiführen helfen. Die Vertreter der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände erklärten sich hierzu nach einigem Widerstreben bereit, falls man diese Abmachung auch für Werkstarife gelten lasse, was ihnen unter der Voraussetzung, daß solche Werkstarife von den beiderseitigen zuständigen Organisationen abgeschlossen würden, auch zugestanden wurde. Auf dieser Basis sind vorläufige Entschlüsse aufgestellt worden,

die noch der weiteren Beratung und der Zustimmung beider Organisationsgruppen harren. In diesen Leitfragen wurde die Notwendigkeit von Tarifverträgen für alle Gewerbe anerkannt und die Errichtung tariflicher Schlichtungsinstanzen für erforderlich erklärt. Wo beides nicht vorhanden ist, sei die Regelung von Arbeitsstreitigkeiten durch behördliche Schlichtungsorgane nicht zu entbehren. Grundsätzlich herrsche Übereinstimmung, solche behördliche Zwangsentscheidungen durch das tarifvertragliche Verfahren abzulösen. Soweit Schlichtungsorgane noch für rechtsverbindlich erklärt werden, seien Forderungen zu fordern, an denen auch Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer beteiligt seien und von denen nur mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden könne.

Im Punkte der Währungsfrage wurden grundsätzliche Bedenken gegen eine solche Vereinbarung nicht erhoben. Vielmehr hielt man die frühere Haltung gegenüber der Verbundschlichtung einseitiger Schlichtungsorgane angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen und behördlichen Machtverhältnisse für dringlicher denn je geboten. Der Wundesausschuß beauftragte den Bundesvorstand, die eingeleiteten Verhandlungen mit den Arbeitgebern fortzuführen.

Aus unserm Beruf.

Die Jahresberichte aus unseren Filialen werden uns zum Teil recht umfangreich zugehen. Leider ist es nicht möglich, sie so aufzunehmen zu können, weil wir mit dem zur Verfügung stehenden Raum sehr haushälterisch sein müssen. Allgemein kann aber folgendes gesagt werden:

Wohl noch in keinem Jahre ist es einem Gewerkschafter schwerer geworden, den Schlusssitz unter den Jahresabschluss zu ziehen als in diesem. Alle Kämpfe um Verbesserungen im Arbeitsverhältnis, um den Ausbau der Erziehungsmöglichkeit, um Sicherung und Festigung aller Errungenschaften scheitern nutzlos gewesen zu sein.

Die Arbeit der Gewerkschaften schien wie die des Mannes in der alten Sage, der verurteilt ist, einen schweren Stein zum Vergipfel hinaufzutragen; doch wenn er meint, ihn auf dem Gipfel zu haben, entgleitet er seinen Händen, und mit erneuter Geduld und Ausdauer muß der Mann den Stein wieder und immer wieder hinaufschleppen. An diesem Beispiel betrachtet, stellen unsere Lohnverhandlungen ein ungeheures Bild von Ausdauer und unerhöplicher Geduld dar. Die Zeitspannen zwischen den einzelnen Lohnverhandlungen wurden immer kürzer, um zuletzt allmählich in die Erscheinung zu treten. Die Löhne, auf Grund der „Indegressen“ aufgebaut, waren bei Inkrafttreten fast wertlos geworden, und in keiner Zeit ist in der Welt billiger gearbeitet worden als im verflohenen Jahre in Deutschland: Gut doch der Lohn einer ganzen Arbeitswoche zeitweise gerade soweit gereichte, um davon ein ganzes Pfund amerikanisches Schmalz kaufen zu können. Und so kam es, daß unter der Kollegenchaft eine immer größere Unzufriedenheit sich bemerkbar machte; die Lust an der Arbeit nahm ab und die Erbitterung über die fortschreitende Verelendung nahm zu.

Die Gewerkschaften wurden verantwortlich gemacht, und wohl jeder der Rörgler und Schimpfer dachte darüber nach, daß ja die Gewerkschaften nichts anderes sind als sie selbst, als jedes einzelne Mitglied. Daß das Kapital den Arbeiter bekämpfte mit seiner stärksten Waffe, dem Kapital, wußten sie, oder ahnten es doch wenigstens. Aber doch dieser Feind nur mit seinen eigenen Waffen bekämpft werden konnte, mit Latzachen, eiserner Zähigkeit, durch ständigen Zusammenschluß und mit entsprechender Vertragsgestaltung wußten sie nicht oder wollten sie nicht wissen. Mit dem Augenblick der Verarmung der Arbeiter mußte automatisch die Verarmung der Gewerkschaften eintreten, und mit diesem Augenblick war die Kampfkraft der Gewerkschaften geschwächt. Dieser Augenblick trat ein, als eine weitere Verarmung des Bogens diesen hätte brechen lassen; Sprünge hatte er schon zur Genüge erhalten, des heißt, wäre die „Inflation“ noch weiter vorgeschritten, dann wäre die gesamte Wirtschaft zusammengebrochen. Doch das weitläufige laufende Kapital hatte die Situation erkannt und gesteuert im letzten Moment der Regierung, um endlich die Mark zu „stabilisieren“. Kollegen, wäre dieser Punkt der äußersten Zermürbung der Arbeiter noch nicht erreicht gewesen, so wäre der Dollar ruhig weitergeflickert, bis dieser Punkt erreicht worden wäre. Schon vor Jahren hätte die Mark stabilisiert werden können, doch damit wären einmal dem Kapital ungeheure Inflationsgewinne aus den Fingern gegangen, zum andern wäre dann die Gewerkschaftsbewegung noch stärker, sehr stark gewesen. So hat man zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Und so war auch in unserm Berufe das verflohenen Jahr eine große Lohnbewegung, und das Ergebnis ist allen bekannt. Wir haben endlich „Goldlöhne“ bekommen und haben eine Arbeitslosigkeit, wie sie kein Kollege erwartet hat.

Kollegen! Mag es auch für den einzelnen scheinen, als ob alle Arbeit hergestellt gewesen ist. Es scheint aber auch nur so. In Wahrheit haben wir Erfahrungen gesammelt; wir haben trotz aller Verelendung, trotz der früh einsetzenden Arbeitslosigkeit noch keinen Fußbreit Boden verloren. Jeder hat sich jeder einzelne; schwer wird uns der Aufstieg; doch wenn jeder einzelne wieder in sich das Ganze nachspürt, wenn jeder einzelne überzeugt ist, daß es, was er dem Ganzen tut, sich selbst tut, dann gelangt jeder unter Aufstieg; wir gehen und unerbittlich, stetig und stark!

Frankfurt a. M. In unserer Generalversammlung im Januar erkrankte Kollege Richter über den Stand der Dinge und über die wirtschaftliche Lage des verflohenen Jahres einen ausführlichen Bericht. Durch die Vertagung der Versammlung konnten Ihnen herrliche eine rege Veranstaltung sein. Bis im Dezember große Arbeitslosigkeit eintrat. Demal mußten Lohnaufhebungen vorgenommen werden, trotzdem war es nicht möglich, die Stundenlöhne den steigenden Preisen anzupassen. Am Schluß des Jahres betrug der Stundenlohn 50 Goldmark. In der Zwischenzeit fand die Tätigkeit des Bundes volle Anerkennung. Der Bericht der Konferenz, Kollegen sagt, ergab, daß der

Kassenbestand nach Abrechnung aller Ausgaben über 61 Billionen Mark beträgt. Mitglieder zählt die Filiale 142. Die Beitragszahlung war infolge der regen Tätigkeit der Hauskassierer eine gute. Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt, seine Wiederwahl erfolgte ohne Disjunktion. Für die Lehrlinge wurden nach örtlicher Vereinbarung die Entschädigungssätze prozentual zu den Gehilfenlöhnen geregelt. Zum Schluß appellierte der Vorsitzende an die Kollegen, auch fernhin treu und fest zur Organisation zu halten, um im kommenden Jahre noch besser die Interessen der Kollegen wahrnehmen zu können.

Gumbinnen. Durch die Umstellung der Wirtschaft auf stabile Währung setzte eine große Arbeitslosigkeit in unserm Berufe ein. Am fühlbarsten war die Arbeitslosigkeit in unserer Filiale selbst. Von 80 Mitgliedern feierten am Jahreslohn durchschnittlich 28; man kann also im vierten Quartal einen Durchschnitt von 80% arbeitsloser Kollegen zugrunde legen. In Stallupönen feierten von 15 Mitgliedern 10 am Jahreslohn, 35% im Quartal. In Gumbinnen konnte man wenig Arbeitslose bemerken, in Prozenten etwa 10 im Quartal. Pilsallen meldete am Jahreslohn alle Kollegen arbeitslos, im Durchschnitt des vierten Quartals 40%. Angerburg meldete am Jahreslohn sämtliche Kollegen arbeitslos. Im Durchschnitt betrug die Arbeitslosigkeit circa 15%. In Gumbinnen sind alle Kollegen arbeitslos. Da sich der Arbeitsmarkt infolge der Bitterung und der Geldknappheit hier am Orte vor Ostern wohl kaum beleben wird, so rechnen wir mit einem langsamen Abebben der Arbeitslosigkeit. Einen Fortschritt kann man erzielen, wenn die Miete allmählich auf Goldbasis gestellt wird; denn dann wäre auch in unserm Berufe wieder mit besserer Arbeitsgelegenheit zu rechnen.

Hildesheim. Alle Kräfte wurden im verflohenen Jahre für die Erhaltung unserer gewerkschaftlichen Einrichtungen in Bewegung gesetzt. Streitigkeiten, die aus dem Tarif entsprangen, kamen weniger vor. Gleich zu Anfang des Berichtsjahres wurde von uns eine Lohnforderung für mehrere unterbezahlte Kollegen vor dem Gewerbegericht eingeklagt. Diese hatten entgegen den tariflichen Bestimmungen 25% unter Tariflohn erhalten. Die fraglichen Arbeitgeber wurden zur Erstattung der gesamten Summe und Zahlung der Verzugszinsen verurteilt. Weiter wurde vor dem Ortstarifamt Bezahlung von 5% für erschwerte Arbeiten und Entschädigung für Handtuch und Seife durchgesetzt. Eine Eingabe bei der Stadtbehörde, betreffend Vergebung von städtischen Arbeiten an Kleinmeister, worin verlangt wurde, daß städtische Arbeiten nur an solche Meister vergeben werden sollten, die Gesellen beschäftigen, hatte das Ergebnis, daß die Stadt erklärte, sie verberge die Arbeiten an den Niedrigstbietenden. Unser Hinweis, daß die Kleinmeister mit schlechtbezahlter Lehrlingsarbeit kalkulieren, hatte keinen Erfolg. Eine andere Eingabe an den Oberpräsidenten, betreffend Ausführung von Malerarbeiten in der hiesigen Polizeischule durch Polizeianwärter, hatte den Erfolg, daß diese zurückgezogen wurden, wodurch die dort arbeitenden Kollegen länger Beschäftigung hatten. Die allgemeine Interesslosigkeit an der Gewerkschaftsbewegung greift auch leider auf die unserer Filiale angehörigen Lehrlinge über, so daß wir uns gezwungen sahen, die regelmäßigen Zusammenkünfte vorläufig einzustellen.

Und so, Kollegen, steht in Euren von Euch gewählten Führern nicht Eure Verfänger; denn sie stehen und fallen doch nur mit Euch, mit Dir, Kollege! Sie haben unter der Verelendung ebenjü gelitten wie Du, Kollege, jeelich vielleicht noch viel, viel mehr; denn sie sind genau so nur ein Teil vom Ganzen wie Du; doch sie sind das Haupt.

Sorgt alle dafür, daß die Solidarität unter uns Malern wieder sprichwörtlich wird; geht wieder allen andern durch unerhütterlichen Zusammenhalt und Opfermut voran!
H. H.

Sozialpolitisches.

Deutschland zu den Beschlüssen der Internationalen Arbeitskonferenz von 1921.

Das Internationale Arbeitsamt wurde vom Reichsarbeitsministerium benachrichtigt, daß alle Übereinkommen, über die auf der Konferenz von Genf im Jahre 1921 abgehandelt wurde, mit Ausnahme desjenigen der wöchentlichen Ruhezeit in der Industrie und alle Empfehlungen mit Ausnahme der über die wöchentliche Ruhezeit im Handel und die Frauenarbeit in der Landwirtschaft vor und nach der Niederkunft, vom Reichsrat angenommen wurden. Die Annahme des Übereinkommens über die wöchentliche Ruhezeit im Handel ist vertagt worden, da dessen Bestimmungen eng verbunden sind mit dem Übereinkommen von Washington über die Arbeitszeit. Ferner hat Deutschland Maßnahmen ergriffen für die Ratifikation von Übereinkommen und die Anwendung von sechs Empfehlungen der Konferenz von 1921. Im Mai 1923 hat die Regierung die Beschlüsse der Konferenz dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt und dem Reichsrat zur Entscheidung. Die Vorschläge der Regierung gingen dem Reichstag in Form eines Gesetzesentwurfes zu, zum Zwecke der Annahme der Übereinkommen und einer Entschließung hinsichtlich der Annahme der Empfehlungen. Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat hat am 30. Juni die Vorschläge der Regierung bestätigt. Die Annahme durch den Reichsrat gibt dem Übereinkommen die gesetzliche Grundlage, vorbehaltlich der oben erwähnten Ausnahme.

Damit ist auch das Übereinkommen zum Schutze der Arbeiter des Malergewerbes bei der Verarbeitung von Bleifarben, über dessen Verhandlung im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats wir in Nr. 4 des „Maler“ berichteten, von Deutschland nunmehr endgültig genehmigt. Auch verschiedene andere Länder haben schon zugestimmt.

Lebenshaltungskosten in verschiedenen Ländern.

Wie aus dem Internationalen Arbeitsamt mitgeteilt wird, besteht in den meisten Ländern gegenwärtig eine Abwärtsbewegung der Kosten der Lebenshaltung, und zwar gilt dies sowohl für Europa wie für andere Erdteile. Eine Ausnahme machen Belgien, die Schweiz, Australien und Neuseeland, wo die Preise mäßig ansteigen sowie Deutschland und Polen, wo die Preissteigerung bis vor kurzem eine außerordentlich große war. In Deutschland folgen die Kleinhandelspreise in einem gewissen Zeitabstand den Großhandelspreisen in ihrer Aufwärtsbewegung; dieser Abstand betrug anfangs 1923 etwa 7 Wochen, zuletzt nur noch eine Woche. In den übrigen Ländern haben sich die Kleinhandelspreise nicht wesentlich geändert. In Oesterreich folgte auf einen geringen Preisrückgang im Juli und August wieder eine mäßige Steigerung im September und Oktober. Auch in Großbritannien ist nach einer Preislenkung, die 12 Monate währte, eine neuerliche geringe Verteuerung eingetreten.

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Ueber die Entstehung der Krebskrankheit veröffentlicht Professor Caspari-Frankfurt a. M. in der „Umschau“ einen Aufsatz, worin er auf Versuche hinweist, durch die es gelungen ist, bei Mäusen durch Teerzusatz zu Krebs hervorzurufen. Diese Krebskrankungen durch chemische Reize finden wir auch in den Anilinfabriken bei Arbeitern, die mit Teerprodukten täglich in Berührung kommen. Bekannt ist auch der Schornsteinfegerkrebs, der durch Ruß hervorgerufen wird. Der Lippenkrebs der Pfeifenraucher ist auch eine bekannte Erscheinung. Bei all diesen Erkrankungen handelt es sich um chemische Stoffe, die durch den Verbrennungsprozeß entstehen. Dieselben können, wenn sie längere Zeit oder öfters als Reizmittel bestimmte Stellen des Körpers angreifen, Krebs hervorrufen. Nun ist es bekannt, daß viele denaturierte Nahrungsmittel, wie Marmeladen, Konserven, Margarine usw. mit Teerfarben gefärbt oder mit Stoffen, die bei der Teerverarbeitung gewonnen werden, haltbar gemacht sind. Diese Stoffe müssen mit der Zeit die Magenwände angreifen und, falls sie ins Blut übergehen, auch andere Organe des Körpers schädigen. Der amerikanische Nahrungsmittelchemiker Dr. Cann hat in seinem Buche: „Kulturstehtum und Säuretoth“ wohl als erster darauf hingewiesen, daß dadurch die Zunahme der Krebskrankungen leicht verständlich sei. Da bei reineren Naturprodukten der Krebs nicht vorkommt, besitzen die Zusammenhänge zwischen denaturierter Nahrung und Krebsleiden wohl einige Wahrscheinlichkeit. Darum ist Krebsleidenden der Genuß denaturierter Nahrung nicht zu empfehlen.

Genossenschaftliches.

Die Hamburger Genossenschaft Konsum, Spar- und Sparverein „Produktion“ kann auf ihr 26jähriges Bestehen zurückblicken. Unter der Führung des verstorbenen Adolf v. Elm war es im Jahre 1899 eine kleine Schar zielbewusster Genossen aus der Arbeiterbewegung, die trotz vielseitiger Widerstände den Grundstein zu diesem Unternehmen legten. Aber bald mehrten sich die Freunde, Gönner und Förderer, so daß die „Produktion“ im Laufe der Jahre einen gewaltigen Aufstieg nahm. Heute besitzt die „Produktion“ an Eigenbetrieben zwei Mälereien, eine Konditorei, einen Mühlenbetrieb, eine chemisch-technische Fabrik, eine der größten Schlachtereien Deutschlands, der eine Fleischkonserverfabrik angeschlossen ist und mehrere Lager. In dem Hauptlager befindet sich eine Schrotmühle, eine Kaffeeroasterei und eine Mineralwasserfabrik. Sie betreibt weiter: eine Möbelfabrik, eine Schlosserei, eine Schmiede, eine Klempnerei, eine Tischlerei, eine elektrische Werkstatt, eine Ziegelei, ein 1600 Morgen großes Landgut und zwei Kolonialanlagen. Von ihrer Bautätigkeit berichten viele Betriebsgebäude und über 100 Wohnhäuser mit mehr als 1000 Wohnungen. In Verteilungseinrichtungen sind vorhanden: 142 Verteilungsstellen für Kolonialwaren, 62 Schlachtereiläden, 61 Brotläden, 2 Möbelläden, 1 Delikatessladen, 2 Kaufhäuser und 2 Rechenlager. Zum Transport dienen 35 Automobile, 100 Wagen, 70 Pferde, 30 Schuten (Wasserfahrzeuge) und 2 Barkassen für den Schleppdienst. Der soziale Charakter der „Produktion“ kommt besonders zum Ausdruck in der Errichtung und Unterhaltung des Kindererholungsheims in Haffstrug an der Ostsee. Ueber 1000 Kinder finden jährlich im Heim unentgeltlich Aufnahme bei guter Verpflegung, bei Spiel im Park und an der See. So hat diese kraftvoll gemachte Genossenschaft in den ersten 25 Jahren ihres Bestehens den Nachweis erbracht, daß die organisierte Kaufkraft der Verbraucher mächtig ist, eine vom Profitstreben freie Bedarfswirtschaft zu errichten, die zugleich beste Gemeinnützigkeit in sich trägt.

Fachliteratur.

Defensionsmotive der Malerzeitung Leipzig. Verlag von Justel & Wöhl in Leipzig. Das Heft 274 enthält vier moderne Vorträge, unter denen das phantastische Wandmaler von Emil Hod das originellste ist. Der Entwurf Bobus, für eine Dichterin ist mit den einfachsten Mitteln hergestellt. Otto Obermeyer bringt zwei landwirtschaftliche Motive, die sehr gut wirken. Der Entwurf einer Abendode von Gerb. Grimm ist den Verhältnissen gut angepaßt, Bedingung ist laudere Ausführung.

Sterbetafel.

Cassel. Am 1. Februar starb unser Mitglied Heinrich Müller sen. aus Utschlag an Lungenentzündung im Alter von 61 Jahren.
Dresden. Am 27. Januar starb unser Mitglied Richard Feilich im Alter von 48 Jahren.
Stuttgart. Am 25. Januar starb unser langjähriges Mitglied Gustav Schwara an Lungentuberkulose.
Wiesbaden. (Zahlstelle Dohheim) Am 8. Februar starb infolge Unfalles unser Kollege Carl Freund.